

Politische Lage in und um Taiwan

Von Hilmar Kaht¹

Am 1. Mai 2022 veröffentlichte der britische Economist auf seinem Titelblatt ein Radarbild von Taiwan mit der Überschrift **The most dangerous place on Earth**, der gefährlichste Ort der Welt.

Auch am vergangenen Sonntag erklärte Xi Jinping in seiner Eröffnungsrede zum **20. Parteitag der KPCh** [Oktober 2022] die Eroberung Taiwans als sein zentrales und wichtigstes Ziel. Xi Jinping drohte den Taiwanern ganz offen mit Waffengewalt und behielt sich den Einsatz aller nötigen Mittel ausdrücklich vor, d. h. auch von Atombomben. An keiner anderen Stelle erhielt Xi Jinping einen längeren und kräftigeren Applaus. Mit keinem seiner sozialistischen Ziele konnte Xi Jinping mehr Zustimmung gewinnen, als mit seinem nationalistischen Ruf, Taiwan müsse endlich **heim ins Reich der Mitte**. Man kann nur vermuten, dass Xi Jinping die Wiedervereinigung noch unter seiner Führung verwirklichen will.



Taiwan ist eine Insel im Ostchinesischen Meer, die bis ins 17. Jh. allein von austronesischen Ureinwohnern bewohnt wurde. Diese Ureinwohner sind verwandt mit den melanesischen und polynesischen Bewohnern des Pazifik und des Indischen Ozeans. Der Sprachraum reicht von Taiwan, zu den Osterinseln und Hawaii und bis nach Madagaskar. Die Siedler aus Südostasien und Südchina wanderten seit Jahrtausenden teilweise über Taiwan aus.

1543 segelten portugiesische Seefahrer auf dem Weg nach Japan an Taiwan vorbei und riefen begeistert: *Formosa, Formosa...*[schöne (Insel)] Seither hieß die Insel in Europa **Formosa**.

1624 besetzten dann **Niederländer** Formosa von Indonesien aus. In dieser Zeit begann auch die chinesische Besiedlung Taiwans. Damals lebten etwa 120.000

¹ Dr. Hilmar Kaht war 1997-2000 Generaldirektor des Deutschen Instituts in Taipeh, damit de facto Botschafter; seine Frau ist Taiwanerin: er ist oft in Taiwan. Manuskript seines Vortrags in der Casinogesellschaft Berlin am 19.10.2022

Ureinwohner auf der Insel und 50.000 Chinesen, vorwiegend aus der südchinesischen Provinz Fukien. 1626 kamen Spanier von den Philippinen und errichteten Stützpunkte im Norden der Insel, in Keelung und in Tamshui. 1642 vertrieben die Niederländer die Spanier aus Formosa.

1644 stürzte die Mandschu-Dynastie die Ming-Dynastie. Anhänger der besiegten Ming-Dynastie flüchteten nach Südchina. **1662** verjagte einer ihrer Anführer, Cheng Cheng Gong, die Niederländer aus Taiwan.

1683 besetzten die Mandschus dann auch Taiwan und setzten der Herrschaft der Ming-Anhänger ein Ende.

1860 begleitete Ferdinand von Richthofen als Legationssekretär eine preußische Gesandtschaft unter Leitung von Friedrich Graf zu Eulenburg nach China. An Bord der MS Thetis liefen sie auch die taiwanischen Häfen Tamshui und Keelung an. Richthofen empfahl in einer an Bismarck gerichteten Denkschrift damals ein stärkeres deutsches Engagement in China und bezeichnete Formosa als gut geeigneten Standort.

1884 eroberten die Franzosen den Hafen Keelung in Nordtaiwan. Als sie auch den benachbarten Hafen Tamshui

einnehmen wollten, unterlagen sie den chinesischen Truppen. China forderte den Abzug der Franzosen und gab ihnen im Gegenzug freie Hand in Vietnam.

1885 wurde Taiwan eine eigenständige **Provinz des Mandschu-Reichs**. In Tamshui errichteten die Mandschus das von dem deutschen Leutnant Max Hecht entworfene **Fort Hobe** und rüsteten es u. a. mit Krupp-Kanonen aus. China war damals beeindruckt von dem deutschen Sieg über Frankreich. Deutschland unterstützte China mit Waffen und Militärinstrukteuren.

Als auch die Japaner Anspruch auf Taiwan erhoben, versuchte der Generalgouverneur von Hunan und Hubei Deutschland und Frankreich wieder für Taiwan zu interessieren. Er hoffte damit die Annexion durch Japan zu verhindern, frei nach dem chinesischen Strategem „*Laßt mehrere Tiger um eine Ziege kämpfen.*“ Diese Taktik blieb jedoch erfolglos.

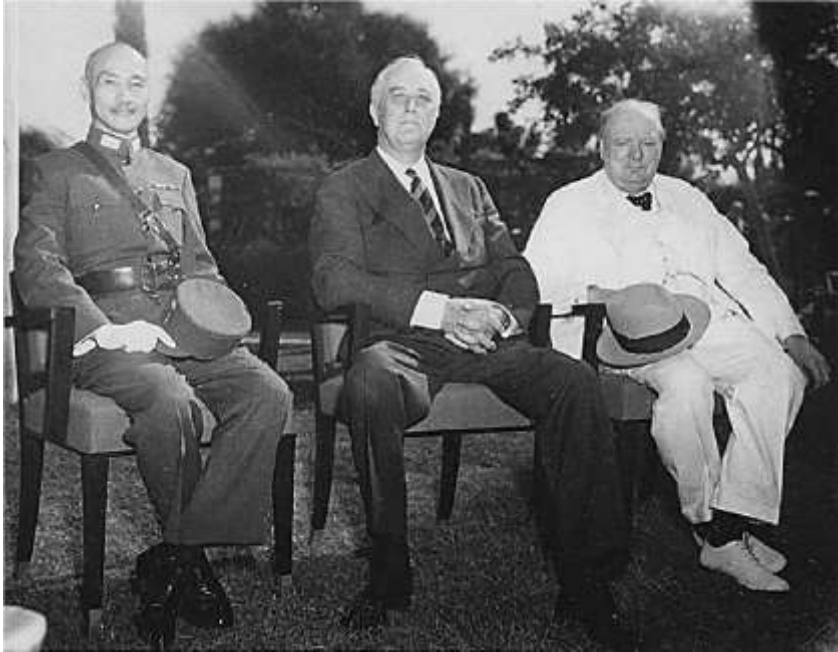
1895 traten die Mandschus nach der Niederlage im ersten Japanisch-Chinesischen Krieg Taiwan im Friedensvertrag von Shimonoseki an Japan ab.

Am **10. 10. 1911** wurde der letzte Kaiser von China gestürzt. Sun Yat-sen rief die **Republik China** aus, die später von Chiang Kai-shek geführt wurde.

1928 erkannte die Kommunistische Partei Chinas auf ihrem 6. Parteitag die „Taiwaner“ als eigene Nationalität an. Und als im November **1938** das Plenum der kommunistischen Partei Chinas beschloss, „eine antijapanische Einheitsfront zwischen Chinesen, Koreanern,

Taiwanern und anderen Völkern aufzubauen“, unterschied sie implizit zwischen Taiwanern und Chinesen. Die Kommunisten betrachteten die „Taiwaner“ damals als eigene „Nation“ bzw. als eigene „ethnische Gruppe“.

Dagegen reklamierte Chiang Kai-shek in der **Kairoer Konferenz 1943** gegenüber Roosevelt und Churchill Taiwan als Teil der Republik China. Japan müsse seine Kolonie Formosa an die Republik China zurückgeben.



Im **Juli 1945** bekräftigte die **Potsdamer Konferenz** die Erklärung von Kairo. Nach der Kapitulation Japans im September 1945 fiel **Taiwan dann an die Republik China**.

<<< **Kairoer Konferenz 1943**

Kurz darauf flammte der chinesische **Bürgerkrieg** wieder auf zwischen der nationalen Kuomintang Chiang Kaicheks und Mao Tse-tungs Kommunisten. Auch in Taiwan kam es am **28. Februar 1947** zu einem kommunistischen Aufstand, den die KMT-Regierung jedoch niederschlug.

Dagegen siegten auf dem chinesischen Festland schrittweise die Kommunisten. Chiang Kai-shek zog sich mit rund zwei Millionen Gefolgsleuten nach Taiwan zurück. Anfänglich betrachtete Chiang Kai-shek Taiwan nur als vorübergehendes Rückzugsgebiet, von dem aus er das Festland zurückerobern wollte.

Am **1. Oktober 1949** rief Mao Tse-tung auf dem Festland die **Volksrepublik China** aus. Damit beanspruchten nun zwei Staaten, ganz China zu vertreten:

1. Die **Republik China** von 1911 unter Chiang Kai-shek, der damals noch glaubte, Festlandchina von Taiwan aus zurückerobern zu können und
2. Die **Volksrepublik China** von 1949 unter Mao Tse-tung, der versuchte, den Bürgerkrieg zu vollenden und auch Taiwan zu besetzen.

Damit besteht die Kriegsgefahr nun bereits seit 70 Jahren. Truman hatte im chinesischen Bürgerkrieg zunehmend auf den jungen, unverbrauchten Mao Tse-tung gesetzt. Chiang Kai-shek hatte deshalb im amerikanischen Wahlkampf 1948 Trumans republikanischen Gegenkandidaten Thomas Dewey unterstützt. Als Truman die Wahl 1948 dann aber doch wieder gewonnen hatte, forderte er Mao Tse-tung öffentlich auf, **to wash Taiwan with blood**, Taiwan in Blut zu baden. Das ließ Mao sich nicht zweimal sagen. In der

Ersten Taiwanstraßenkrise

setzten am **25. Oktober 1949** im Schutz der Dunkelheit des frühen Morgens 9000 Soldaten der „Volksbefreiungsarmee“ in 200-300 Fischerbooten von Xiamen nach Quemoy über. In den nächsten 56 Stunden besiegten die nationalistischen Truppen in der **Schlacht von Kuningtou** die maoistischen Eindringlinge.

Auch in den kommenden Jahren scheiterten die Maoisten an dem entschlossenen Widerstand Taiwans. Die politische Rettung der Insel brachte dann 1950 kein anderer als Josef Stalin. Stalin hatte das herzliche Einvernehmen zwischen Truman und Mao schon seit langem misstrauisch beobachtet. Deshalb gab Stalin Kim Il-sung grünes Licht für den **Koreakrieg**, der im Juni 1950 begann. Mao schäumte vor Wut, denn nun waren nicht nur seine Soldaten als sog. „Freiwillige“ in Korea gebunden, sondern Stalin beendete damit auch sein vertrauliches Zusammenspiel mit Truman. Der Koreakrieg öffnete selbst Truman endlich die Augen über den wahren Charakter sowohl seines Waffenbruders Stalin, als auch seines Favoriten Mao. Truman bekannte später einmal, er habe sich in seinem 1945 auf der Potsdamer Konferenz zu Stalin gefassten Vertrauen getäuscht.

Der japanische **Friedensvertrag von San Francisco** von 1952 legte fest, dass Japan alle Rechte und Ansprüche auf Formosa abtreten müsse. Dabei ließ der Vertrag bewusst offen, an wen Taiwan denn abzutreten ist, an die Republik China von 1911? oder an die Volksrepublik China von 1949?

Der bis **Juli 1953** andauernde Koreakrieg verschaffte Taiwan die nötige Zeit, um sich für Mao Tse-tungs kommende Attacken zu rüsten.

Henry Kissinger formulierte die Taiwan-Frage in der NZZ vom 20. Mai 2021 einmal so: *„Taiwan ist gewissermaßen ein historischer Unfall. Hätte es den Koreakrieg nicht gegeben, wäre die Wahrscheinlichkeit groß, dass China Taiwan besetzt hätte. Als Folge des Koreakriegs engagierten sich die USA in Ostasien in einem Masse, das wir nicht erwartet hatten.“*

Nach dem Ende des Koreakrieges **1954** setzte Mao seine Angriffe auf Taiwan dann auch prompt wieder fort. Aber diesmal riefen sie auch die USA auf den Plan, die Taiwan durch die 7. Flotte schützten. In Washington regierte inzwischen Dwight D. Eisenhower.

In Taiwan führte seit den 50er Jahren die **Bodenreform** zu einem wirtschaftlichen Aufschwung und schließlich zu einem **Wirtschaftswunder**. In der

Zweiten Taiwanstrassenkrise 1958

begann Mao Tse-tung die Taiwan vorgelagerten Inseln Quemoy und Matsu zu bombardieren, Aber diesmal intervenierten die USA und brachen die militärische Blockade Quemoy, indem sie taiwanische Nachschubboote eskortierten.

Im **Juni 1960** veranstaltete Mao während Eisenhowers Besuch in Taipeh ein dreitägiges Trommelfeuer auf Quemoy und Matsu. Die anschließend - an allen ungeraden Tagen - fortgesetzte rotchinesische Beschießung dauerte dann noch zwanzig Jahre lang, bis zu Nixons Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der VR China im Jahre 1979.

1971 hatte die Generalversammlung der Vereinen Nationen eine Resolution verabschiedet, die den chinesischen Sitz im Sicherheitsrat an Peking übertrug. Die VR China trat den VN am 25.10.1971 bei. Chiang Kai-cheks Republik China, die bis dahin die Siegermacht China vertreten hatte, musste die VN und alle ihre Unterorganisationen verlassen.

Chiang Kai-chek hielt jedoch auch in der Folgezeit an seinem Alleinvertretungsanspruch für China fest. Japan riet Chiang Kai-chek damals vertraulich - nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland Willy Brandts - auf seinen Alleinvertretungsanspruch zu verzichten. Die Republik China sollte ihren Sitz im Sicherheitsrat der VR China anbieten und im Gegenzug ihren Verbleib in den VN fordern. Die USA rieten Taiwan damals dringend davon ab und versicherten, dass sie den Alleinvertretungsanspruch Taiwans auch weiterhin unterstützen würden.

Als jedoch Richard Nixon durch die Watergate Affäre in innenpolitische Schwierigkeiten geriet, schickte er Henry Kissinger nach Peking, um über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China zu verhandeln. Mit diesem diplomatischen Coup versuchte Nixon vergeblich, von Watergate abzulenken und sich und sein Amt zu retten.

Kissinger empfing noch am Abend vor seinem Abflug nach Pakistan - von wo aus er heimlich nach Peking flog - den taiwanischen Botschafter in Washington. Kissinger versicherte dem taiwanischen Botschafter, die USA würden Taiwan auch künftig als alleinigen Vertreter Chinas betrachten. Kissinger schrieb später in seinen Memoiren, dies sei die bitterste Stunde seiner Karriere gewesen. Und er hat ja vermutlich viele bittere Stunden gehabt.

1979 brachen dann auch die USA ihre diplomatischen Beziehungen zu Taiwan ab und nahmen Beziehungen zur VR China auf. Die Volksrepublik China ist Kissinger dafür noch heute dankbar. Zu seinem 99. Geburtstag in diesem Jahr empfing Henry Kissinger den Besuch des chinesischen Außenministers.

Heute unterhalten nur noch 14 Staaten diplomatische Beziehungen zur Republik China auf Taiwan. Einer davon ist der Vatikan. Aber die Pässe Taiwans gewähren visafreien Zugang zu 145 Ländern, d. h. zu fast doppelt so vielen Staaten, wie der chinesische Pass.

1979 verpflichteten sich die USA im **Taiwan Relations Act**, Rüstungsgüter zur Selbstverteidigung zu liefern. Der Taiwan Relations Act hält ferner fest, dass Washington auch ein **Embargo** gegen die Insel als Bedrohung für den Frieden betrachten würde. Fraglich ist nämlich, ob eine chinesische Invasion Taiwans das wahrscheinlichste Szenario darstellt. Bei einem Angriffskrieg besteht die Gefahr, dass auch kritische Infrastruktur Taiwans zerstört wird, allem voran die Halbleiterindustrie des unangefochtenen Marktführers Taiwan Semiconductor Manufacturing Corporation (TSMC), die nahezu 60 % aller Mikrochips weltweit herstellt. Allein die Hälfte der Produktion von TSMC geht an Unternehmen in China.

Denkbar ist daher auch eine **Inselblockade**, wie sie die Volksbefreiungsarmee 2022 unmittelbar nach dem Besuch Nancy Pelosis probte. Dabei könnte die Insel wirtschaftlich isoliert werden, indem chinesische Schiffe und Raketen den Zugang zu den Häfen und Flughäfen sperren. Mögliche Szenarien sind auch ein Cyberkrieg und ein Handelsboykott. Bereits heute startet China täglich 5 Mio. Cyber-Angriffe auf taiwanische Banken, Kraftwerke, Unternehmen, Schulen usw.

Die Volksrepublik China ist Taiwans wichtigster Handelspartner, viele Taiwaner sind mit Festländern verwandt und in normalen Zeiten vor Corona profitierte die Insel von dem relativ freien Handels- und Touristenverkehr über die Taiwanstrasse. Taiwans Bevölkerung genießt einen Lebensstandard, der weit über dem Festlandchinas liegt. Taiwan stieg neben Südkorea, Hongkong und Singapur zum führenden der vier **Asiatischen Tigerstaaten** auf.

1992 trafen sich Vertreter Taiwans und Chinas in Hongkong und einigten sich auf die Formel „Ein China, zwei Interpretationen“. Danach versteht sich Taiwan als Teil der Republik China von 1911, der der Volksrepublik China von 1949 nie angehörte. Die Kommunisten betrachten Taiwan dagegen als abtrünnige Provinz der Volksrepublik China.

Seit dem Beginn der 90er Jahre entwickelte sich Taiwan zu einer parlamentarischen Demokratie.

In der **Dritten Taiwanstraßenkrise 1995**

schoss Peking Raketen vor die taiwanische Küste, um die Wahl des taiwanischen Präsidentenkandidaten der KMT, Lee Teng-hui, zu verhindern. Der Raketenbeschuss war jedoch kontraproduzent und stärkte im Gegenteil die Stimmung gegen eine Wiedervereinigung mit China und führte zu einem überwältigenden Sieg Lee Teng-huis.

2000 gewann der Kandidat der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), Chen Shui-bian, die Präsidentenwahl. Damit wurde die KMT nach mehr als fünfzig Jahren an der Staatsspitze Taiwans erstmals abgelöst. Die DPP fordert offen nicht nur die *de facto* Unabhängigkeit Taiwans, sondern auch die internationale, völkerrechtliche Anerkennung seiner Unabhängigkeit *de jure*.

Heute ist die taiwanische Gesellschaft zutiefst gespalten. Die derzeit regierende Mehrheitspartei DPP ist entschieden gegen einen Anschluss Taiwans an China und für die Unabhängigkeit. Taiwan, das sich offiziell „Republik China“ (von 1911) nennt, verwaltet sich spätestens seit 1949 selbst. Taiwan ist damit *de facto* längst unabhängig. Es hat nie zur Volksrepublik China gehört.

In der taiwanischen Öffentlichkeit spielt ausschließlich die Frage eine Rolle, ob man grundsätzlich für oder gegen eine Wiedervereinigung ist. Damit stehen sich in Bezug auf Taiwan heute folgende drei Positionen unversöhnlich gegenüber:

1. Die **nationale Partei Kuomintang (KMT)** tritt (ähnlich wie seinerzeit die CDU) für die Wiedervereinigung ein, aber nicht unter kommunistischen Vorzeichen. Bis dahin setzt sich die KMT für die Erhaltung des **Status quo** ein und betrachtet Taiwan als „Republik China“. Dafür schätzt die Kommunistische Partei Chinas, heute ihren ehemaligen Bürgerkriegsgegner, denn die KMT tritt wenigstens noch für die Einheit Chinas ein. Die KMT tritt auch deshalb für die Erhaltung des Status quo ein, d. h. für die Erhaltung der *de facto* Unabhängigkeit, weil das Streben nach formaler Unabhängigkeit *de jure* die Gefahr eines bewaffneten Konflikts birgt.

Auch eine Volksbefragung im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl 2020 zeigte, dass die Bevölkerung mehrheitlich für die Erhaltung des Status quo eintritt, um damit die *de facto* Unabhängigkeit Taiwans nicht zu gefährden. Der Spatz der *de facto* Unabhängigkeit in der Hand, ist besser als die Taube der *de jure* Unabhängigkeit auf dem Dach.

2. Die derzeit regierende **Demokratische Fortschrittspartei (DPP)** strebt dagegen die völkerrechtliche Anerkennung der Unabhängigkeit Taiwans an. Die DPP, die vorwiegend die junge Generation der Taiwaner anspricht, möchte die **Republik China** auf Taiwan von 1911 möglichst rasch abschaffen und eine **Republik Taiwan** ausrufen. Das scheiterte bisher nicht nur an den Drohungen der VR China, sondern auch an der Ein-China-Politik der USA, die der DPP unmissverständlich deutlich gemacht haben, dass sie für einen Unabhängigkeitskrieg nicht zur Verfügung stehen.

Die DPP setzt sich dennoch immer stärker von China ab. Sie bestreitet teilweise sogar, dass die Taiwaner ethnisch Chinesen sind. Die DPP betreibt eine Politik der Desinifizierung, sie fördert den taiwanischen, südchinesischen Dialekt und die Ureinwohnersprachen und schreibt auch die taiwanischen Lehrbücher entsprechend um.

Man könnte die Haltung der DPP auch mit der Haltung Österreichs vergleichen. Auch die Österreicher möchten auf gar keinen Fall wieder heim ins Reich, auch nicht in ein inzwischen demokratisiertes Reich.

3. Die **Kommunistische Partei Chinas** betrachtet Taiwan dagegen als Teil der Volksrepublik China, obwohl sie den Inselstaat nie kontrolliert hat. Peking strebt eine „Wiedervereinigung“ Taiwans mit der Volksrepublik an - wenn nötig auch gewaltsam, auch mit Atomwaffen. China demonstriert mit gezielten Provokationen seinen Machtanspruch auf die „abtrünnige Provinz“. Eine formelle Unabhängigkeitserklärung (*de jure*) Taiwans wäre für China der *casus belli*.

Es ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte, dass sich die Sinokommunisten heute nationalistischer geben, als die nationale Kuomintang. Aber der Kommunismus hat auch in der Volksrepublik China an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Die große Gefahr besteht deshalb darin, dass China versuchen könnte, mit der Annexion Taiwans von seinen ideologischen und innenpolitischen Problemen abzulenken. China erlebt gerade eine Zeit der Schwäche, die verfehlte Null-Covid-Politik, Arbeitslosigkeit, Zusammenbrüche von Banken, die Immobilienkrise und die Überalterung der Bevölkerung untergraben die Glaubwürdigkeit der Partei. Die Kommunistische Partei könnte deshalb versucht sein dann, wenn ihre Alleinherrschaft gefährdet wäre, die nationale Karte zu ziehen. Mit der Wiedervereinigung könnte sie versuchen, den Applaus nicht nur der Delegierten des 20. Parteitags zu gewinnen, sondern auch die Zustimmung der Mehrheit der chinesischen Bevölkerung.

Taiwan ist auch von globalem Interesse. Wenn die VR China Taiwan erobert, dann wird es auch nach anderen Teilen Asiens greifen. Xi Jinping erklärte einmal, die Wiedervereinigung mit Taiwan müsse bis zum hundertsten Jahrestag des Beginns des Bürgerkrieges 2027 besiegt werden, spätestens aber rechtzeitig vor dem hundertsten Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China 2049. Damit droht China, es sei keine Frage mehr, ob es Taiwan angreifen werde, sondern nur noch wann. Militärexperten warnen, dass China seine Drohung bereits in den kommenden Jahren wahr machen könnte. Für den Westen entstünde dann ein Loch in der ersten Inselkette, die von Japan bis auf die Philippinen reicht. Das wäre der Anfang vom Ende des amerikanischen Einflusses im pazifischen Raum.

2008 gewann der Kandidat der Kuomintang, Ma Ying-jeou, die Wahl. Ma führte eine dezidierte Entspannungspolitik gegenüber dem Festland. Er intensivierte die direkten Beziehungen

zwischen China und Taiwan im Schiffs- und im Flugverkehr und förderte umfangreiche Kooperationen im Handel, bei Investitionen und im Fremdenverkehr über die Taiwanstrasse.

Im November **2015** trafen sich Ma Ying-jeou und Xi Jinping in Singapur. Aber selbst während dieser Phase der Entspannung erklärte die kommunistische Führung der Volksrepublik China immer wieder, dass sie auf die Wiedervereinigung nicht ewig warten könne und drohte unverhohlen mit einem militärischen, notfalls nuklearen Überfall.

Für Xi Jinping ist die Eroberung Taiwans inzwischen zum Symbol für die Erlangung **imperialer Größe** geworden. China will die USA als Supermacht ablösen. Xi Jinpings erklärtes Ziel ist es, China zur dominierenden Weltmacht zu machen. Sein Ziel ist nicht mehr und nicht weniger als die sinokommunistische **Weltherrschaft**. Die Eroberung Taiwans wäre ein wichtiger Schritt zur Vollendung von Xis „*chinesischem Traum*“, den Großmachtstatus Chinas bis 2049 zu erreichen.

Soviel Kraftmeierei erinnert an Nikita Chruschtschow, der auch einmal anstrebte, die USA in wenigen Jahren nicht nur einzuholen, sondern zu überholen und der die Kuba-Krise vom Zaun brach. Wir müssen Xi Jinping aus seiner eigenen marxistischen Weltanschauung heraus verstehen und ernst nehmen. Einige glaubten sogar, die chinesischen Kader seien gar keine Kommunisten mehr. Aber Xi Jinping ist überzeugt, dass der Kommunismus siegen wird, nicht nur in Taiwan.

In Taiwan wurde **2016** die DPP-Kandidatin Tsai Ing-wen zur Präsidentin gewählt. Seither haben sich die Beziehungen zum Festland deutlich verschlechtert. Die Mehrheit der Bevölkerung versteht sich inzwischen als Taiwaner und nicht mehr als Chinesen und lehnt eine Vereinigung mit dem Festland kategorisch ab. Die Wiederwahl Tsai Ing-wens **2020** wurde auch durch die brutale Niederschlagung der Demokratiebewegung in Hongkong gefördert.

Countervailing Power

Anlässlich des Amtsantritts Bidens im **Frühjahr 2021** verletzten chinesische Kampfflugzeuge den taiwanischen Luftraum. Sie flogen mit Bombern, die atomar bestückt werden können, sowie mit Kampf- und Transportflugzeugen in den taiwanischen Luftraum. Die meisten chinesischen Flugzeuge flogen in der Nähe der von Taiwan kontrollierten Pratas-Inseln durch den taiwanischen Luftraum. Die Volksbefreiungsarmee zwang die taiwanische Luftwaffe damit zu ständiger Alarmbereitschaft. Die häufige Annäherung von Flugzeugen birgt die Gefahr, dass es zu einem Unfall kommt, der die Lage eskalieren könnte.

Anfang August **2022**, nach dem Besuch Nancy Pelosis in Taipeh, begann Peking eine dreitägige Militärübung. Peking stellte damit seine Fähigkeit unter Beweis, mit Raketen auch über die Insel hinaus zu treffen. Am 4. August meldete Taiwan, dass in zwei Stunden 11 Raketen auf die Gewässer um Taiwan abgeschossen worden seien. Das sind 5 Raketen mehr als während der dritten Taiwankrise im Juli 1995.

1995 war das chinesische Verteidigungsbudget nur doppelt so hoch wie das taiwanische. Heute gibt China ungefähr 20mal so viel aus wie Taiwan. Derzeit stehen einem neuen Kriegsschiff der USA vier neue Kriegsschiffe Chinas gegenüber. Die Volksbefreiungsarmee hat inzwischen Parität mit den USA oder sie mit ihren 360 Kriegsschiffen sogar leicht überholt, mit U-Booten.

Flugzeugträgern, Boden-Luftraketen, konventionellen Marschflugkörpern und ballistischen Raketen.

Angesichts dieser massiven Aufrüstung Chinas reichen die Kräfte der USA allein nicht mehr aus, dem wachsenden militärischen Gewicht Chinas entgegenzutreten

Im günstigsten Fall schaffen der Ukrainekrieg und Pekings Säbelrasseln ein wachsendes Bewusstsein der chinesischen Bedrohung und eine **Countervailing power**, ein Gegengewicht gegen den Machtanspruch der Volksrepublik China.

In **QUAD**, d. h. in dem 2007 von Shinzo Abe initiierten vierseitigen Sicherheitsdialog für einen freien indo-pazifischen Raum arbeiten die USA zusammen mit Australien, Japan und Indien.

Im **September 2021** gründeten die USA, Australien und Großbritannien ein Verteidigungsbündnis **AUKUS**, das acht atomgetriebene U-Boote einsetzen will. Das ist das erste Mal, dass die USA ihre nukleare U-Boot-Technik mit einem Verbündeten teilen.

Auch die Zahl der westlichen Manöver im Pazifik wurde erhöht. Im **Mai 2021** hielten die französische Armee, Japan und die USA Seemanöver.

2022 gab es gemeinsame westliche **See- und Luftmanöver im Indo-Pazifik**. Daran beteiligte sich auch die Bundeswehr. Im Frühjahr 2022 nahm die Bundesmarine mit der Fregatte Bayern teil. Und im Herbst 2022 beteiligte sich die Bundesluftwaffe an Manövern im Pazifik mit sechs Kampfflugzeugen.

Kann Taiwan im Kriegsfall auf die USA zählen?

Die USA haben 1979 zwar die Volksrepublik China als alleinige Vertretung Chinas anerkannt und folgen offiziell einer Ein-China-Politik. Trotzdem liefern die USA unter dem **Taiwan Relations Act** Waffen an Taiwan, obwohl es keinen offiziellen Beistandspakt gibt.

Diese **strategische Ambiguität**, die Unklarheit der Strategie der USA hatte Methode. Sie sollte

1. Peking von einem Angriff auf Taiwan abhalten,
2. Taiwan motivieren, sich um die eigene Verteidigung zu kümmern und
3. Unüberlegte rechtliche Schritte Taiwans in Richtung Unabhängigkeit verhindern.

In den vergangenen Wochen und Monaten erklärte Biden zu verschiedenen Anlässen nun aber immer deutlicher, dass die USA Taiwan im Kriegsfall beistehen werden. Biden veränderte damit die Jahrzehnte alte amerikanische Chinapolitik, indem er verspricht, Taiwan gegen China zu verteidigen. Das hat auch mit dem Ukrainekrieg zu tun. Die Abstinenz der USA im Ukrainekrieg nährte Zweifel an der Reaktion der USA auf einen chinesischen Angriff auf Taiwan.

Joe Biden setzt damit die China-Politik Trumps fort. In der Taiwanfrage sind sich die Republikaner und die Demokraten einig. Biden hat Trumps Strategie übernommen, weiter ausgebaut und setzt sie noch zügiger um. In einem am **18. September 2022** ausgestrahlten CBS-Interview antwortete Biden auf die Frage, ob die US-Streitkräfte Taiwan verteidigen würden: „*Ja, wenn es tatsächlich einen noch nie da gewesenen Angriff gäbe.*“ Auf die Frage,

ob er damit meinte, dass - anders als in der Ukraine - die US-Streitkräfte Taiwan im Falle einer chinesischen Invasion verteidigen würden, antwortete Biden klar und deutlich: „Ja“.

Das ist faktisch eine Änderung der amerikanischen Chinapolitik, auch wenn das Weiße Haus es nach dem Interview des Präsidenten wieder bestritt. Während der bisherigen, Jahrzehnte alten Politik der „strategischen Uneindeutigkeit“ konnte sich die Führung in Peking nicht sicher sein, ob Amerika wirklich für Taiwan in den Krieg ziehen würde. Jetzt muss sie damit rechnen.

Vor der Vollversammlung der VN sagte Biden: *"Amerika wolle keinen Konflikt mit der Volksrepublik. „Wir streben keinen Kalten Krieg an, und wir fordern auch von keinem anderen Staat, sich zwischen den Vereinigten Staaten und einem anderen Partner zu entscheiden.“ Washington strebe danach, Frieden und Stabilität in der Straße von Taiwan zu fördern und bleibe der Ein-China-Politik verpflichtet, die in den vergangenen vier Jahrzehnten geholfen habe, einen Konflikt zu vermeiden. Zudem lehne Washington weiterhin unilaterale Änderungen am Status quo durch beide Seiten ab. Taipeh treffe zwar seine eigenen Entscheidungen über die Unabhängigkeit. Biden fügte aber hinzu, die Insel nicht dazu zu ermuntern. Mit beiden Äußerungen wich er von der langjährigen Politik der strategischen Ambiguität ab.*

Damit wollen die USA der Volksrepublik China das Signal einer glaubhaften Abschreckung senden. Die sinokommunistische Kraftmeierei nach Pelosis jüngster Visite in Taipeh ließ erkennen, dass man in Peking eine Eskalation nicht scheut.

Der Ukrainekrieg zeigt aber auch, dass das angegriffene Land sich zunächst selbst verteidigen muss. Ohne den entschlossenen Widerstand der Ukrainer, gäbe es diesen Staat heute wahrscheinlich nicht mehr. Das Gleiche gilt für Taiwan. Die Insel muss alles tun, um sich selber verteidigen zu können. Die Verkürzung der Wehrpflicht von zwei Jahren auf heute nur noch vier Monate war ein Fehler. Die Bestrebungen, diese möglichst noch vor Jahresende wieder auszubauen sind richtig. *Si vis pacem, para bellum*. Wer Frieden will, muss für den Krieg gerüstet sein.

Taiwan muss seine Streitkräfte besser ausrüsten. Bei einer Bevölkerung von nur 23 Mio. Einwohnern gegen 1,4 Mrd. Festlandchinesen muss das Land primär auf Technologie statt auf Mannstärke setzen. Der technologische Vorsprung der taiwanischen Waffensysteme, die größtenteils aus amerikanischer Produktion stammen, ist geschwunden. Heute ist Taiwan China quantitativ und qualitativ unterlegen, die Luftwaffe ist veraltet. Auch die taiwanische Kriegsflotte muss modernisiert werden. Am taiwanischen Nationalfeiertag am 10.10.2022, dem 111 Jahrestag der Gründung der Republik China sagte die taiwanische Präsidentin Tsai Ing-wen, Taiwan wolle seine Verteidigung stärken.

Dabei drängt Amerika Taiwan, weniger auf klassische Kampfsysteme wie Helikopter oder UBoote zu setzen. Als Alternative empfehlen die USA leichte mobile Waffen, wie sie die Ukraine gegen Russland nutzt. Zu diesen asymmetrischen Waffen gehören Stinger-Raketen, schwere Torpedos, bewegliche Artillerie-Raketensysteme, Paladin-Haubitzen sowie Feld- Informations- und Kommunikationssysteme, die sich vom Angreifer schwerer ausschalten lassen, als stationäre Einrichtungen. Außerdem ist die Lieferung von Bodenraketen und luftgestützter Raketen für mehr als 3 Mrd. \$ vorgesehen.

Im günstigsten Fall senden der Ukrainekrieg und Xi Jin-pings Säbelrasseln einen Weckruf an Taiwan und seine Verbündeten, um die Insel vor der drohenden Eroberung durch die

Sinokommunisten zu bewahren, so wie 1950 schon einmal der Koreakrieg, der Truman seiner Illusionen über seinen Waffenbruder Stalin und seinen Favoriten Mao beraubte. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung sprach kürzlich von einem **Kollateralnutzen** des Ukrainekriegs. Auch diesmal sprachen einige Politiker von einer „Zeitenwende“ oder sogar vom „*Erwachen in einer anderen Welt*“. Auch der japanische Premierminister Kishida Fumio meinte, Chinas Drohungen gegen Taiwan haben gezeigt, dass etwas Ähnliches auch in Japans Weltgegend passieren könne. „*Die Ukraine heute könne Asien morgen sein*“.

Der Konflikt zwischen liberalen Demokratien - den USA und ihren asiatischen und europäischen Alliierten - und den beiden großen autokratischen Mächten Russland und China ist in eine ernste Phase getreten. Erst Moskau und nun Peking haben beschlossen, im offenen Konflikt mit dem Westen ihre Ordnungsvorstellungen mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Sie halten den Westen nicht nur für unwillig, sondern auch als unfähig, für seine Interessen zu kämpfen. Ob sie damit recht behalten oder nicht, wird sich in den kommenden Jahren zeigen.